



Presseinformation

Nr. 43/2007

Kiel, 15.02.2007

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ekkehard Klug, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Günther Hildebrand, MdL

Innen/Polizei/G8-Gipfel

Wolfgang Kubicki: „Innenminister muss Fragen zum Einsatz schleswig-holsteinischer Polizisten beim G8-Gipfel klären“

Zur heutigen Presseberichterstattung über den Einsatz schleswig-holsteinischer Polizeibeamter beim G8-Gipfel in Mecklenburg-Vorpommern erklärte der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, **Wolfgang Kubicki**:

„Anscheinend plant die Landesregierung, über 1000 Polizeibeamte im Juni zum G8-Gipfel nach Mecklenburg-Vorpommern zu entsenden. Jeder eingesetzte Beamte soll anscheinend 180 Mehrstunden arbeiten. Der Bäderdienst und der Ausbildungsdienst an der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung in Eutin sowie an der Verwaltungsfachhochschule in Altenholz sollen eingestellt werden. Kurz nach dem Einsatz in Mecklenburg-Vorpommern kommen dann mit der Kieler Woche und dem Länderspiel Deutschland-Slowakei zwei weitere Großereignisse hinzu, in denen die Polizeibeamten aus Schleswig-Holstein zusätzlich belastet werden. Das wirft Fragen auf, die im Innen- und Rechtsausschuss beantwortet werden müssen“, sagte Kubicki.

„Es muss geklärt werden, welche Folgen der Dauereinsatz der Polizeibeamten in diesem Zeitraum für die Aufrechterhaltung einer ausreichenden Polizeipräsenz in Schleswig-Holstein hat. Es muss geklärt werden,

- wer die Kosten für den Einsatz und ggf. auch die damit verbundene Mehrarbeit übernimmt,
 - dass die ggf. anfallenden Erstattungen aus Mecklenburg-Vorpommern nicht im allgemeinen Landeshaushalt versickern, sondern dem Polizeihaushalt zufließen,
 - dass die Kosten für die Mehrarbeit, wenn das Land Schleswig-Holstein sie trägt, nicht durch Kürzungen in anderen Bereichen des Polizeihaushalts (Beförderungen) erwirtschaftet werden“,
- so Kubicki weiter.

„Es geht hierbei nicht nur um die Mehrarbeit der Polizeibeamten, die nach Mecklenburg-Vorpommern entsandt werden, sondern auch um die Mehrarbeit derjenigen Kolleginnen und Kollegen, die in Schleswig-Holstein ihre entsandten Kolleginnen und Kollegen ersetzen müssen.

„Darüber hinaus muss erörtert werden, ob mögliche Globalisierungsgegner durch den in Heiligendamm geschaffenen Zaun ihre Demonstrationen nicht in größere Städte am Rande Mecklenburg-Vorpommerns verlagern und beispielsweise in Lübeck auftauchen. Dann brauchen wir unsere Polizisten nicht in Heiligendamm, sondern hier“, so Kubicki abschließend.